

Bern



Nebenwirkungen

Der «Pilz-Pastor» ist zu 18 Monaten bedingt verurteilt worden. 21

Jenische fürchten den «Dammbruch»

Beunruhigt über die Eskalation im Laufe der Wileroltiger Debatte, ruft die Radgenossenschaft den Gesamtbundesrat an und bittet um Hilfe. Die Replik darauf kommt von Alain Berset: Der Bund biete Bern sehr wohl die nötigen Parzellen an.

Marc Lettau

Die Radgenossenschaft der Landstrasse, die Dachorganisation der Jenischen und der Sinti in der Schweiz also, hat sich im Sommer im Zuge der erhitzten Wileroltiger Debatte direkt an Bundesrat Alain Berset (SP) und an den Gesamtbundesrat gewandt. Die Radgenossenschaft schlug Alarm und bat um Hilfe. Im ausführlichen Schreiben, das dem «Bund» vorliegt, brachte sie zum Ausdruck, die Jenischen der Schweiz fühlten sich «in ihrer Existenz bedroht» - dies auch als

«Es ist völlig klar, dass der Bund die Aufgabe nicht allein lösen kann.»

Daniel Huber, Präsident Radgenossenschaft

Folge der Eskalation und der undifferenziert gegen alle «Fahrenden» gerichteten Ressentiments: Die verschiedenen in den Sommermonaten reisenden Gruppen würden «sowohl gegeneinander ausgespielt wie auch in einen Topf geworfen».

In die Nähe zu Straftätern gerückt

«Politische Kräfte» schürten den Konflikt, und der daraus folgende Rassismus werde «immer offener und übler wahrnehmbar». Unter den Folgen litten die im eigenen Land ausdrücklich als nationale Minderheiten anerkannten Jenischen und Sinti ganz unmittelbar und «sehr konkret»: Behördliche Schikanen nähmen zu, und Schweizer Jenische und Sinti sähen sich «generell in die Nähe zu behördlich zu überwachenden möglichen Straftätern gerückt». Zu der «Eskalationsspirale» trage die starke Ausblendung des Umstandes bei, dass «die Personenfreizügigkeit eine Tatsache ist»: Ausländische reisende Gewerbetreibende nähmen einfach ihr Recht wahr, die Schweiz zu besuchen. Ausgehend von diesem Faktum, gelte es, nach



Alain Berset gönnt sich einen Einblick in die jenische Kultur - hier an der Feckerchilbi von 2016 in Bern. Foto: Adrian Moser

Lösungen zu suchen, damit die Schweizer Jenischen und Sinti nicht überrollt würden. Fazit der Radgenossenschaft: Es brauche Plätze für alle. Selbstredend trete sie «konsequent für Sauberkeit auf allen Plätzen ein».

Harsche Kritik am Bund

Enttäuscht liess die Radgenossenschaft Berset wissen, sie vermisse «jede nennenswerte Aktivität des Bundes zur Eindämmung von Rassismus und Diskriminierung gegenüber Jenischen, Sinti und Roma». Die Zahl der Plätze sinke. Gemeinden legten den Bauern nahe, keine Spontanhalte mehr zu gewähren. Und die Rechte der reisenden Gewerbetreibenden würden untergraben. Der «alarmierende Schluss», der daraus zu ziehen sei: «Der Bund ist offenbar nicht

fähig, oder nicht willens, etwas beizutragen zum praktischen Schutz der Minderheiten, die er anerkennt hat.»

Bersets Blick nach Bern

Inzwischen hat Berset Stellung bezogen. In seiner dem «Bund» ebenfalls vorliegenden Antwort betont er, die Bereitschaft des Bundes bei der Lösungssuche sei sehr wohl sehr gross. Das zeige sich gerade auch bei der Suche nach einem Transitplatz im Kanton Bern: «Für alle projektierten Standorte - Pieterlen, Meinisberg, Wileroltigen - ist der Bund bereit, die notwendigen Parzellen zur Verfügung zu stellen.» An die Jenischen und Sinti gerichtet, erklärt Berset weiter, auch die Suche nach Stand- und Durchgangsplätzen scheitere nicht am mangelnden Willen

des Bundes, «sondern vor allem, wie Sie es selber oft erlebt haben, an der Komplexität der Aufgabe und am Widerstand der Bevölkerung». Berset lässt weiter durchblicken, bei geplanten Stand- und Durchgangsplätzen in den Kantonen Jura, Neuenburg und Waadt werde die unterstützende Haltung des Bundes wohl zum Ausdruck kommen: Die Unterstützung dieser kantonalen Projekte werde derzeit geprüft.

Huber: «Von höchster Priorität»

Die Antwort von Bundesrat Alain Berset sei für die Dachorganisation Radgenossenschaft «eine Bestätigung», sagt deren Präsident Daniel Huber auf Anfrage: «Alain Berset sieht das Problem.» Er mache deutlich, dass ohne das Zusammenspiel von Bund, Kantonen und

Gemeinden für den fahrenden Teil der Jenischen, Sinti und Roma kein angemessener Lebensraum entstehe. Laut Huber erhält Bersets Stellungnahme im Hinblick auf die nächste Woche beginnende Novembersession des bernischen Grossen Rates «höchste Aktualität». Traktandiert sind dort zwei Vorstösse aus den Reihen von BDP und SVP. Sie verlangen, die Suche nach Plätzen für ausländische Fahrende einzustellen, de facto auch die Schaffung neuer Plätze für fahrende Jenische und Sinti aus der Schweiz aufzuschieben und «die Bundesebene» in die Pflicht zu nehmen.

Huber bringt solches in Rage: «Es ist völlig klar, dass der Bund diese Aufgabe nicht alleine lösen kann.» Berset belege, dass «die Bundesebene» längst schon ihren Part leiste. Werde ein Platzprojekt konkret, brauche es am Schluss immer auch eine Gemeinde, «die das nötige Verständnis aufbringt und Ja sagt». Die Radgenossenschaft kenne etliche Projekte, bei denen der Bund - etwa das VBS - Land zur Verfügung gestellt habe, die Standortgemeinde dann aber die Zustimmung verweigert habe.

Gang nach Strassburg als «Plan B»

Fänden die umstrittenen Vorstösse von BDP und SVP im bernischen Grossen Rat eine Mehrheit, komme dies «einem Dammbruch» gleich. Wenn ein Kanton trotz dem von der Schweiz unterzeichneten Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und trotz einem klaren Bundesgerichtsurteil die Pflicht ignoriere, Plätze zu schaffen, «dann folgen unweigerlich weitere Kantone». Inhaltlich sei der Ansatz der beiden Vorstösse «gründlich falsch», urteilt Huber: «Wenn keine Legalität geschaffen wird, dann wird die Illegalität weitergehen und letztlich den Hass gegen alle Vertreterinnen und Vertreter der Minderheiten steigern.»

Wie aufgebracht die Jenischen und die Sinti im Vorfeld des bernischen Entscheids sind, dokumentiert ihr «Plan B»: Die Radgenossenschaft hat in ihren Gremien bereits beschlossen, allenfalls mit Wohnwagen vor dem Europarat in Strassburg vorzufahren und so auf die «desolante Situation in der Schweiz» aufmerksam zu machen.

Berner lösen einen Machtkampf um die reformierten Medien aus

Kein Geld mehr für das Magazin «bref», das Prestigeprojekt des Vereins Reformierte Medien: Die grosse Berner Kirche lässt die Muskeln spielen. Jetzt gibt es Kritik.

Dölf Barben

Die von einem Verein getragenen reformierten Medien sind einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt - höchstens indirekt. Zusammen mit Radio und Fernsehen verantworten sie das «Wort zum Sonntag» und Gottesdienstübertragungen. Weiter betreiben sie im Auftrag der reformierten Kirchen der Deutschschweiz das Internetportal Ref.ch und geben seit bald zwei Jahren das Magazin «bref» heraus. Die Finanzierung läuft zu einem grossen Teil über diese Kirchen. Um diesen Verein ist ein Machtkampf entbrannt - mit Ausgangspunkt in Bern.

Der Synodalrat (Exekutive) der reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn hat beschlossen, per Ende 2018 aus dem Verein auszutreten. Dieser Schritt wirft nun hohe Wellen. Samuel Geiser, Rita Jost und Martin Lehmann, ehemalige Mitarbeitende der Berner Redaktion der Monatszeitung «reformiert.» kritisieren den Synodalrat hart. In einem offenen Brief werfen sie ihm vor, mit dem Aus-

tritt nicht nur das Magazin «bref» zu gefährden, sondern auch die Weiterexistenz der «Reformierten Medien» - und damit die Verträge für die Fernseh- und Radiogottesdienste. Sie schreiben, der Synodalrat lege eine «unsolidarische Selbstbedienungsmentalität» an den Tag. Kritisiert wird im Brief weiter, es sei «völlig unverständlich», wie vehement der Synodalrat sich von «bref» distanzieren. «Werden Sie nicht zum Totengräber einer langen Tradition unabhängiger reformierter Publizistik», schreiben die Ex-Redaktoren der Zeitschrift «reformiert.», die vom Konflikt übrigens nicht betroffen ist. Der offene Brief ist von rund 50 Personen unterzeichnet worden, von Medienschaffenden und in kirchlichen Medienfragen Engagierten, wie es in einer Mitteilung heisst.

Das Magazin «ist viel zu teuer»

Andreas Zeller, Synodalratspräsident der Berner Reformierten, weist die Vorwürfe zurück. Man habe nicht den Eindruck, die den Verein Reformierte Medien in seiner Existenz zu gefährden. Schliesslich sei der Synodalrat bereit, statt des bisherigen Jahresbeitrags von 405 000 Franken ab dem Jahr 2019 bis zu 275 000 Franken weiterhin zu bezahlen. Allerdings in Form von Leistungsverträgen. Zeller sagt, es gehe nicht um den Inhalt des Magazins «bref» - «einzelne Ausgaben waren aus meiner Sicht hervor-

gend». Das Problem sei einzig, dass das Magazin «viel zu teuer» sei, sagt er.

Allerdings räumt Zeller ein, dass er im neuen Magazin doch etwas vermisst: Die Vorgängerzeitschrift «Reformierte Presse» habe mehr Informationen über andere Kantonalkirchen enthalten. Solche Insiderinformationen seien sehr wichtig. Das Internetportal sei demgegenüber nicht in dem Mass ausgebaut worden, wie das angekündigt worden sei. Zeller weist insbesondere den Vorwurf der Selbstbedienungsmentalität zurück und spricht von «massiven Defiziten» des Vereins. Es sei letztlich die Sorge um die Reformierten Medien und die neun Arbeitsstellen: Wenn Konkurs angemeldet werden müsste, wären es die Kirchen - hauptsächlich die bernische und die zürcherische -, welche dafür aufkommen müssten.

Pascale Huber wiederum, Geschäftsführerin der Reformierten Medien, hat einen anderen Blick auf den Konflikt als



Andreas Zeller
Präsident Synodalrat

Andreas Zeller. Kircheninterne Informationen seien bewusst aufs Internetportal verlegt worden. Das neue Magazin «bref» dagegen wolle «explizit anders» sein und auch Menschen erreichen, die zwar noch Kirchensteuern bezahlen, aber über die üblichen Informationskanäle der Kirchen nicht mehr ansprechbar seien. Huber nennt diese Leute «die aus Kirchenperspektive Unsichtbaren». Finanziell sei der Verein in der Tat nicht auf Rosen gebettet, aber Insolvenz sei «kein Thema». Es sei vielmehr eine Frage der Solidarität, sagt sie. Verantwortung übernehmen heisse, dass die reformierten Kantonalkirchen einander hülften, auch diese «Unsichtbaren» zu erreichen - «es wäre gut investiertes Geld».

Der Konflikt erinnert Huber an die No-Billag-Diskussion. Wenn alle nur das herauspicken wollten, was ihnen passe, gerate das Ganze aus dem Gleichgewicht. Würde es der Berner Kirche ermöglicht, Leistungsverträge abzuschliessen, bestehe das Risiko, dass andere das Gleiche tun möchten, sagt sie. Die Finanzierung würde dann eine kirchenpolitische Dimension erreichen.

Ausgestanden ist der Konflikt noch lange nicht: Mitte Dezember wird das Thema in der reformierten Berner Synode - im Kirchenparlament - zur Sprache kommen. Der offene Brief ging an alle Synoden-Mitglieder.

Trendwende beim Finanzausgleich?

Erstmals seit Jahren erhält der Kanton Bern weniger Geld aus dem Nationalen Finanzausgleich.

Immer wieder wird der Kanton Bern kritisiert, weil er Milliardenbeträge aus dem Nationalen Finanzausgleich (NFA) bezieht. Auch im nächsten Jahr erhält kein anderer Kanton mehr Geld als Bern. Insgesamt sind es 1,27 Milliarden Franken. Der Bundesrat bestätigte gestern den Beitrag für 2018.

Alles wie gehabt? Nicht ganz. Der Kanton Bern hat eine positive Entwicklung durchgemacht - und daher sinken die Bezüge erstmals seit zehn Jahren. 2018 erhält der Kanton rund 15 Millionen Franken weniger als in diesem Jahr. Am Ende bleibt Bern jedoch der grösste Nettoempfänger.

Pro Einwohner bekommen andere Kantone aber ungleich mehr Geld - namentlich Freiburg, Glarus, Graubünden, Jura, Uri und Wallis. Total werden im nächsten Jahr rund 5,1 Milliarden Franken über den Nationalen Finanzausgleich ausgeschüttet. Grösster Geberkanton bleibt Zürich, gefolgt von Genf und Zug. Die grösste Last pro Einwohner trägt Zug. (ad)